



Glienicker Kurier

Nachrichten aus der amtsfreien Gemeinde Glienicke/Nordbahn

Ausgabe September 2001

Inhaltsverzeichnis:

	Seite
Interview mit Bürgermeister Bienert	2
Qualifizierter B-Plan „Paul-Singer-Straße“	5
Auch Glienicke im Sog politischer Ereignisse	6
Bebauungsplan für den „Entenschnabel“	8
Noch einmal die KITA-Gebührensatzung	10
Der EURO kommt – die Täter sind schon da!	12
Aus dem Schulförderverein	13
Öffentliche Auslegung des B-Planes Nr. 11 „Staerkstraße“	14
Bevölkerungswachstum in Glienicke	15
Genügend Schülerzahlen	19
Aus den Fraktionen	20
Unterstützung für Kulturverein	23
Schulanfang n der neuen „Alten Turnhalle“	24
Diamantenes Paar mit reichhaltiger Erinnerung	25
Erste Homosexuellen Hochzeit in Glienicke	27
Die Volleyball-Saison ist wieder eröffnet	29
Für schlanke Taille und flachen Bauch	30
Bodo Vötisch ausgezeichnet	31
Bauanträge	32

Bürgermeister Bienert:
Zu Terroranschlägen, Kitagebühren, Klarstellungs- und Ergänzungssatzung

Kurier:

Herr Bienert, die Ereignisse von New York und Washington liegen nun bereits drei Wochen zurück. Dennoch leben wir noch alle unter diesem schrecklichen Eindruck. Können Sie den Lesern des „Glienicke Kurier“ kurz skizzieren, welche Spuren das Geschehen bei Ihnen hinterlassen haben.

Bürgermeister Bienert:

Nach dem ungläubigen Entsetzen, hervorgerufen durch die ersten Fernsehbilder, war ich tagelang tief betroffen, ein Zustand, den ich zu kompensieren versuchte durch Begreifen oder Verstehen dieser Vorgänge. Aber das ist mir bis jetzt immer noch nicht gelungen. Ausgelöst haben die Geschehnisse ein tiefes Nachdenken über unser Leben, das sich plötzlich in ganz anderen Dimensionen darstellt.

Kurier:

Was meinen Sie damit konkret?

B. B.:

Man begreift plötzlich, dass Terrorismus uns alle treffen kann, und man merkt, wie verletzlich unsere offene Gesellschaft ist. Erschreckend dabei für mich die Vorstellung, dass es scheinbar kein wirksames Mittel gibt, sich vor solch verbrecherischen Aktionen zu schützen.

Kurier:

Trotz der Tragik und Dramatik dieser Ereignisse geht das alltägliche Leben weiter, auch in Glienicke. In der kommunalen Arbeit gibt es wie eh und je viel zu tun, wobei in letzter Zeit zwei Problemkreise besonders herausragen: die KITA-Gebührensatzung, die im Sozialausschuss noch einmal auf der Tagesordnung stand, sowie die Klarstellungs- und Ergänzungssatzung.

B. B.:

Zuerst zur KITA-Gebührensatzung. Nach dem Beschluss der Gemeindevertreter vom März diesen Jahres hat die Verwaltung jetzt insbesondere die Aufgabe, die finanziellen Auswirkungen des neuen KITA-Gesetzes im Lande generell für Glienicke zu analysieren und zu bewerten.

Kurier:

Welche Erkenntnisse haben sich dabei ergeben?

B. B.:

Mit Inkrafttreten der Satzung am 1. August haben alle Eltern neue Bescheide über die KITA-Gebühren erhalten. Erst mit dieser Neuberechnung ist es möglich – auch unter veränderten Bedingungen – einen Überblick in diesem Bereich zu erhalten.

Kurier:

Sind nun die Erhöhungen so gravierend, wie von einigen Eltern vorgetragen, dass sie sogar eine Verminderung der Lebensqualität in Kauf nehmen müssen?

B. B.:

Wir wissen, dass viele Eltern, zumeist durch die berufliche Tätigkeit beider Elternteile, auf einen KITA-Platz angewiesen sind. Daneben ist der pädagogische Aspekt mit Sicherheit genau so hoch zu bewerten. Nun könnte durch die tatsächlich aufgetretenen Gebührenerhöhungen der Eindruck entstehen, dass die Gemeinde ihren Haushalt auf Kosten der Gebührenzahler entlasten will. Das ist aber keineswegs so.

Kurier:

Wie würden Sie es denn sehen?

B. B.:

Die Gemeinde steuert allein zum laufenden Betrieb für die drei Kindertagesstätten in diesem Jahr etwa 1,1 Mio. DM zu. Dabei sind die Elternbeiträge und die Zuschüsse vom Land und Kreis bereits berücksichtigt.

Kurier:

Von welchen Überlegungen ist man denn bei den neuen Beitragsfestsetzungen ausgegangen?

B. B.:

Die Überlegung bei der Erarbeitung der neuen Gebührensatzung stand unter der Prämisse einer angemessenen Beteiligung der Eltern. Nach unseren Ermittlungen liegen die derzeitigen KITA-Gebühren in Glienicke im Vergleich mit anderen Städten und Gemeinden des Landkreises Oberhavel im Mittelfeld.

Kurier:

Welche Ziele verfolgt die Gemeinde nun mit der Analyse und einer ersten Bewertung der Situation?

B. B.:

Die Zielsetzung besteht in erster Linie darin, die Satzung auf mögliche soziale Ungerechtigkeiten zu überprüfen und gegebenenfalls zu ändern. Auch im Sozialausschuss wurde darauf hingewiesen, dass bei der bereits angelaufenen Erarbeitung des Haushaltes 2002 eine mögliche Senkung der KITA-Gebühren Priorität genießen sollte.

Kurier:

Heißt das dann zwangsläufig Einsparung an anderer Stelle?

B. B.:

Grundsätzlich: Nein! Das bisher von uns erreichte Niveau bei freiwilligen Aufgaben soll bestehen bleiben, denn auch diese Angebote tragen wesentlich zu der gehobenen Qualität der Lebensgemeinschaft in unserer Gemeinde bei. Das Ergebnis einer eventuellen Gebührensenkung kann ich allerdings noch nicht voraussagen.

Kurier:

Aber Sie können uns vielleicht sagen, was man unter „freiwilligen Aufgaben“ einer Gemeinde versteht.

B. B.:

Das sind für Glienicke zum Beispiel die Unterhaltung der Bibliothek, die Jugendarbeit, die Unterstützung der Kulturarbeit und eine Vielzahl von weiteren Maßnahmen, die nicht nur Arbeit machen, sondern natürlich auch Geld kosten.

Kurier:

Bei den KITA-Gebühren gibt es also Überlegungen, sie zu korrigieren. Wie steht es nun mit dem zweiten Themenkreis, der Klarstellungs- und Ergänzungssatzung?

B. B.:

Nach der erfolgten öffentlichen Auslegung der Entwürfe dieser Satzungen haben wir über 100 Stellungnahmen von Bürgerinnen und Bürgern erhalten. Diese sind zum jetzigen Zeitpunkt ausgewertet und werden derzeit im Ausschuss für Planung und Umwelt als Abwägungsvorschlag für die Gemeindevertretung vorbereitet.

Kurier:

Können Sie die Entwicklungsschritte bei der Erarbeitung dieser heftig diskutierten Satzungen aufzeigen?

B. B.:

Noch vor den Sommerferien haben wir mit den Vorsitzenden des Planungs- und des Bauausschusses, mit dem Planer und einer Vertreterin der Genehmigungsbehörde aus dem Landratsamt an zwei Tagen eine Ortsbegehung in den betreffenden Randbereichen der Gemeinde durchgeführt. Dabei wurden Erkenntnisse gesammelt, die es uns erlauben, an vielen Stellen mit der Klarstellungslinie großzügiger umzugehen. An anderen Stellen wiederum waren keine Korrekturen im Sinne der Eigentümer möglich.

Kurier:

Wie ging es dann weiter?

B. B.:

Die Gemeindeverwaltung hat jeden einzelnen Einwender über die vorgeschlagenen Veränderungen schriftlich informiert und zu einer Sondersitzung des Planungsausschusses am 18. September eingeladen. Etwa 20 betroffene Bürgerinnen und Bürger folgten dieser Einladung und erlebten mit, wie intensiv die Ausschuss-Mitglieder, die Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung sowie die Vertreter des Planungsbüros an diesen Satzungen arbeiten. Es war übrigens eine der längsten Sitzungen, die wir je durchgeführt haben.

Kurier:

Gibt es aus dieser Sitzung bereits Ergebnisse?

B. B.:

Ergebnisse insofern, als noch einmal alle Grundsätze offen diskutiert wurden, die in Einzelfällen auch zu Korrekturen führten. Dabei erhielten übrigens auch die betroffenen Bürger Rederecht und konnten ihre Einwände den Planungsausschuss-Mitgliedern persönlich vortragen.

Kurier:

Das ist eine neue Qualität in der Zusammenarbeit zwischen Bürgern, Gemeindevertretern und Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung.

B. B.:

Ja, diese Form der direkten Auseinandersetzung mit Problemen von Betroffenen ist ein durchaus anderes Verfahren als bisher praktiziert und aus meiner Sicht für die zukünftige Arbeit im Interesse der Bürgerinnen und Bürger kaum noch wegzudenken. Ein Weg, den wir auch bei anderen Themen gehen werden, zum Beispiel auch bei der anstehenden Diskussion um die KITA-Gebührensatzung.

Kurier:

Herr Bienert, wir danken für dieses Gespräch.

Qualifizierter B-Plan „Paul-Singer-Straße“

Die Gemeindevertretung hat in ihrer Sitzung am 19.09.2001 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 16 „Paul-Singer-Straße“ beschlossen. Dieser B-Plan soll als qualifizierter Bebauungsplan entstehen. Das bedeutet, dass im Gegensatz zu den Bebauungsplänen Nr. 5 und 10 (Textbaugebiete) nicht nur textliche, sondern auch darstellende Festsetzungen getroffen werden.

Der Plan wird Baufelder ausweisen. Die Baufelder müssen im qualifizierten Plan vermaßt werden, so dass der Grundstückseigentümer über die Bebauungsmöglichkeiten an Hand des Planes genaue Informationen erhält. Der qualifizierte Plan weist aber nicht nur Baufelder aus, auch die schützenswerten Grünflächen sind im qualifizierten Plan darzustellen.

Ebenso haben die Gemeindevertreter beschlossen, dass die Möglichkeit einer Hinterlandbebauung für die Grundstücke an der Paul-Singer-Straße mit einer Zufahrt über diese Straße im B-Plan Nr. 16 geregelt werden.

Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass die überbaubare Grundstücksfläche mit einer Grundflächenzahl von 0,2 in Verbindung mit einer maximal zulässigen Grundfläche für bauliche Hauptanlagen von 150 m² und einer Mindestgrundstücksgröße von 500 m² festzuschreiben sind. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst nicht nur die Bereiche zwischen der Paul-Singer-Straße und dem Wiesenweg, sondern auch die direkt daran anschließenden Bereiche der Salvador-Allende-Straße bis zum Wiesenweg. Der Geltungsbereich findet seinen Abschluss an der Einmündung des Wiesenweges zur Elsässer Straße.

Ein weiteres Planungsziel des B-Planes ist die endgültige Klärung zur Funktion des Wiesenweges. Der B-Plan soll die verschiedenen Möglichkeiten prüfen und endgültige Festsetzungen treffen.

Das Gebiet des Bebauungsplanes grenzt an das Landschaftsschutzgebiet Westbarnim; deshalb ist ein Übergangsbereich mit entsprechenden grünordnerischen Belangen festzusetzen. Genauso muss die grünordnerische Qualität, die diesem Gebiet seine charakteristische Prägung gibt, gesichert werden. Auch diese Kriterien sind auf den Grundstücken durch entsprechende Festsetzungen zu sichern.

Peter Staamann
Amtsleiter für Hochbau und Planung

Auch Glienicke im Sog politischer Ereignisse

Die Gemeinde mit der positivsten Bevölkerungsentwicklung im ganzen Umkreis

Im Mittelpunkt der Gemeindevertreterversammlung stand hinsichtlich Bedeutung und Länge der Ausführungen der Bericht über die Bevölkerungsentwicklung in Glienicke. Diese hat, so der Erste Beigeordnete, Dr. Alfred Krause, im Gegensatz zu vielen anderen Orten, einen äußerst positiven Verlauf genommen, auch wenn die bereits 1994 prognostizierte Anzahl von 10.000 nicht erreicht wurde. Zur Zeit zählt der Ort 8.138 Bewohner, und der Zuzug hält weiter an. Dabei wäre erfreulich, so Dr. Krause, dass es vor allem junge Familien mit Kindern seien, die sich nach Glienicke hingezogen und sich dort auch wohl fühlen. So läge das Durchschnittsalter im Moment bei 40,34 Jahren.

Entscheidend für die Darlegung dieser äußerst positiven Bevölkerungsentwicklung aber wären, laut Vortragendem, die Folgeerscheinungen. Da mussten nicht, wie anderswo, in Glienicke Kindertagesstätten geschlossen werden, sondern eine neue hat ihre Pforten geöffnet, so dass nun insgesamt 365 Plätze zur Verfügung stehen, wovon 335 besetzt sind. Doch nicht allein das ist es. Für mehr Menschen muss es auch mehr Angebote geben, zum Beispiel in kultureller Hinsicht, bei der Jugend- oder bei der Seniorenarbeit. Und mehr Einwohner ziehen natürlich auch mehr Verwaltungs- bzw. parlamentarische Arbeit nach sich. Wie das Zukunftsbild Glienicke, das bei mehr Einwohnern auch mehr Anonymität erfahren wird, aussehen könnte, damit schloss Dr. Krause seine Ausführungen (siehe dazu auch S. 10/11).

In den Bereich „Zukunft Glienicke“ fielen an diesem Abend auch die beiden Aufstellungsbeschlüsse für die neuen Bebauungspläne Nr. 15 „Am Sandkrug“ und Nr. 16 „Paul-Singer-Straße“ sowie der über die öffentliche Auslegung des Vorentwurfs zum Bebauungsplan Nr. 11

„Stærkstraße“ (siehe dazu auch S. 3, 5, 8, 9).

Dass aber trotz beispielgebender positiver Entwicklung auch Glienicke nicht verschont bleibt von Auswirkungen engerer und weiterer politischer Verstrickungen, spürten die Abgeordneten aus den einführenden Worten des Vorsitzenden der Gemeindevertretung, Prof. Dr. Georg Ebert, der an die Geschehnisse in New York und Washington erinnerte und daran anschließend um eine Schweigeminute bat. Auch das behandelte Thema „Aktion Notausgang“, das sich mit Gewalt und Gewaltbekämpfung beschäftigt, reicht über Glienicke hinaus. Die PDS-Fraktion nahm die 1998 von Jugendlichen in Bernau initiierte und mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnete Aktion sowie die jüngsten Straftaten rechtsradikaler und fremdenfeindlicher Täter im Landkreis, die man laut Innenminister „nicht in den Griff“ bekäme, zum Anlass, auch in Glienicke „Noteingänge“ für bedrohte Menschen zu schaffen. Mit entsprechenden Aufklebern, von denen Edgar Himmert dem Bürgermeister gleich einige übergab, wolle man öffentliche Gebäude, solche von Körperschaften, eventuell auch private, zu Zufluchtsorten deklarieren. Mit einer Änderung, eingebracht durch die SPD, die die Schulen und Kindereinrichtungen ausgeklammert wissen wollte, fand der PDS-Vorschlag allgemeine Zustimmung.

Einwände gab es von Prof. Elephandt (GBL), der die Aktion als leere Deklaration empfand und befürchtete, sie würde mehr schaden als nützen. Und Helmut Bloeck (GBL) stellte die berechnete Frage, was nachts geschehe, wenn die öffentlichen Gebäude geschlossen wären. Dr. Martin May meinte, dass es eine Patentlösung nicht gebe, und man solle, wie auch immer, einen Anfang machen. Bürgermeister Bienert schloss die Diskussion ab mit den Worten, „ein Schild ist besser als gar keines“, und verwies auf das im Ort bestehende Forum gegen Rechtsradikalismus, das diese Form der Hilfe sicherlich aufnehmen und weitertragen würde.

Auch die von Dr. Krause zuvor vorgetragene Information über die „ständige Erreichbarkeit der Meldestellen“, ein Erlass aus Gründen der nationalen Sicherheit,

gehörte ebenfalls in den Rahmen eines Themenbereiches, der von außen in die Glienicker Gemeindevertretung hineingetragen wurde.

Von weiteren Informationen aus dem Rathaus, die nicht bereits an anderer Stelle behandelt wurden, seien hier abschließend noch folgende genannt:

Der Leinenzwang für Hunde in Park- und Grünanlagen ist nur sehr schwer durchzusetzen. Die Mitarbeiterin des Ordnungsamtes musste sich bei Ermahnungen derart beschimpfen lassen, dass man erwägt, die Polizei um Hilfe zu bitten.

„Tuet Gutes und redet darüber“, titelte Bürgermeister Bienert das Ergebnis vom „Tag des offenen Denkmals“, zu dem sich mehr als 100 Besucher in der Grundschule eingefunden hatten.

Ab Oktober tritt die Zweitwohnungsteuer in Kraft (siehe Einleger).

Kürzlich sind auf dem Waldfriedhof zwei Grabdenkmale beschädigt worden. Trotz sofortiger Reaktion von Seiten der Gemeindeverwaltung und der Polizei konnten die Übeltäter noch nicht gefunden werden.

Bei der Einrichtung eines KITA-Hotels gibt es hinsichtlich der Rechtsform noch Verzögerungen. Man wolle dieses, inzwischen etwas abgespeckte Vorhaben aber noch bis vor Weihnachten verwirklichen.

Das bereits schon einmal in der Hauptstraße „probegelaufene“ Tempozählgerät ist bestellt und wird den

Autofahrern später schwarz auf weiß mitteilen, wie schnell sie fahren.

**Bebauungsplan für den „Entenschnabel“
Kleinflächige Flurstücke „Am Sandkrug“ und im „Falkenweg“**



Ein Blick auf das Planungsgebiet "Entenschnabel".

Der Entenschnabel, wie er im Volksmund noch heute bei vielen Glienickern und Berlinern heißt, besteht aus einem Wohngebiet in Glienicke mit den Straßen „Am Sandkrug“ und „Falkenweg“. Dieses kleine Wohngebiet mit einer Fläche von etwa nur 7 ha grenzt im Norden, Süden und Westen direkt an Berlin und war im besonderen Maße vom Mauerbau betroffen.

Auf der Flurkarte kommt das bereits sehr deutlich zum Ausdruck. Viele kleine Flurstücke, teilweise nur 50 bis 100 m² groß, prägen das Gebiet.

Auf dem ehemaligen Mauerstreifen sind in der zweiten Baureihe keine Wohngebäude mehr vorhanden. Hier gibt es aber – analog zum Gebiet des Bebauungsplans Nr. 6 in der Jungborn- und in der Karl-Marx-Straße – selbständige Grundstücke oder Flächen, die für eine zweite Baureihe (Hinterlandbebauung) die notwendigen Voraussetzungen bieten.

Die Gewährleistung einer Hinterlandbebauung in diesem Gebiet ist eines der Planungsziele des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 15 „Am Sandkrug“, den die Gemeindevertreter am 19. September 2001 beschlossen haben. Die Gemeinde strebt als Planungsziel an, bei einer Mindestgröße für Baugrundstücke von 500 m² eine maximale Grundflächenzahl von 0,2 zuzulassen.



Ein anderer Blick über den "Mauerstreifen" nach Frohnau

Der Bebauungsplan soll sich aber im Rahmen der städtebaulichen Ordnung des Gebietes auch mit Natur- und Landschaftsschutzbelangen beschäftigen. Dies ist gleichzeitig eine Forderung, die sich auch aus den heutigen Vorschriften des Baugesetzbuches ergibt. Dabei werden unter anderem die vorhandenen Waldflächen eine Rolle spielen. Diese Waldflächen sind im Bereich partiell vorhanden. Auch eine Durchwegung von Nord nach Süd durch das Gebiet ist thematisch zu bearbeiten.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 15 endet im Osten an der B96. An dieser Stelle hat der Bebauungsplan die Aufgabe, einen städtebaulich vertretbaren Übergang von Bebauungsmöglichkeiten direkt an der Oranienburger Chaussee zum allgemeinen Wohngebiet im Bereich an den Straßen „Am Sandkrug“ und „Falkenweg“ zu finden.

Peter Staamann
Amtsleiter für Hochbau und Planung

Noch einmal die KITA-Gebührensatzung

Als die neue KITA-Gebührensatzung im Frühjahr verabschiedet wurde, war klar, man würde sich noch einmal mit ihr beschäftigen müssen. Nicht nur, dass viele Gemeindevertreter beklagten, sie sei im Sozialausschuss zu schnell „durchgepeitscht“ worden, auch über die Höhe der Beiträge würde noch einmal zu diskutieren sein, wenn erste Ergebnisse hinsichtlich Einnahmen und Ausgaben auf dem Tisch lägen. Diesen Zeitpunkt fanden die PDS-Vertreter im Sozialausschuss nun für gekommen und brachten das Thema in der jüngsten Sitzung noch einmal auf den Tisch.

Der Raum im Rathaus bot kaum Platz, so groß war das Interesse von Eltern und den Vertretern der Medien. Der sachkundige Einwohner Gustav Wöhrmann (PDS) wiederholte ausführlich den Werdegang des Satzungsbeschlusses, vor allem aber die begleitenden Unmutskriterien. Man habe die Eltern nicht genügend einbezogen, kritisierte Dr. Martin May (PDS), und er verwies auf den Alternativvorschlag seiner Fraktion zur Senkung der Gebühren durch Mehreinnahmen im Haushalt. Im Frühjahr war von 120.000,- DM die Rede, die die Gemeinde zusätzlich zusteuern sollte. Unter Einhaltung der Rahmenbedingungen, die durch die Landesregierung vorgegeben seien, müsse man für die Kinder die bestmögliche Variante herausholen, fügte Dr. May hinzu, und er sah eine Satzungsänderung als Ergebnis gemeinsamer Bemühungen von Verwaltung, Gemeindevertretung und Eltern. Die Elternvertreterin Susanne Sponholz vergegenwärtigte den Anwesenden noch einmal die negativen Auswirkungen der neuen Gebührensatzung. In den mittleren und unteren Einkommensstufen würden sie u.a. zu einer Verminderung der Lebensqualität führen. Zudem sei ein Abwandern von Glienicker Kindern in kostengünstigere Berliner Einrichtungen zu befürchten, was die Gemeinde gleichzeitig mit Ausgleichszahlungen belasten würde. Susanne Sponholz forderte sozialverträgliche Erhebungsgrundlagen sowie die Auflistung der eingenommenen Gebühren bzw. deren Verwendung. Auch der Vertreter der CDU, Wolfgang Mattern,

musste gestehen, dass die Belastungen für manche Familien beträchtlich seien. Diese müsse man überprüfen. Aber er hob auch das hohe Niveau der Arbeit in den Glienicker KITAs hervor, das man durch eventuellen Personalabbau nicht gefährden dürfe. Gleichzeitig schlug er vor, die Abstufung der Nettoeinkommen noch einmal zu überprüfen.

Brigitte Oltmanns (SPD) meinte, dass man solche Diskussion erst untermauern könne, wenn man den Haushaltsplanentwurf vor Augen habe und die Auswirkungen der Gebührensatzung nachvollziehen könne. „Ich sitze nicht mit schlechtem Gewissen hier“, sagte sie und meinte damit, dass sich der Sozialausschuss immer sehr intensiv gerade um die Belange der KITAs gekümmert habe. Und Bürgermeister Bienert fügte hinzu, dass man bei der Erarbeitung des Haushaltsplanes Prioritäten als gemeinsame politische Ziele setzen müsse. Ein konkreter Auftrag für den Haushalt hinsichtlich KITA-Gebühren sollte vom Ausschuss formell und offiziell formuliert an die GVT ergehen; zudem bot er sich an, den Eltern in gemütlicher Runde, mit Kaffee und Kuchen, einen Einblick in die Haushaltsbewegungen zu geben, mit besonderem Hinblick auf die Kindertagesstätten. Auf jeden Fall aber gab der Bürgermeister den Elternvertretern recht, dass es das oberste Ziel sein müsste, die KITA-Gebühren zu senken. Das könnten aber nur der Sozialausschuss, die Verwaltung sowie die Eltern in gemeinsamer Arbeit erreichen. Bevor man allerdings, wie von Gustav Wöhrmann vorgeschlagen, eine große Arbeitsrunde bilden könne, müsse die Verwaltung ihre „Schularbeiten“ machen und konkrete Zahlen vorlegen, aus denen die Entwicklung von Einnahmen, Ausgaben und Betriebskosten ersichtlich seien, ergänzte Michael Unger (GBL) die Diskussion. Schließlich einigte man sich – nicht zu einer Arbeitsgruppe, sondern zu einer Sondersitzung des Sozialausschusses am 25. Oktober, denn schließlich sei der Zeitrahmen mit drei Monaten bis zum Jahresende begrenzt, betonte Bürgermeister Bienert.



"Burattino", eine der drei Glienicker Kitas am Tag des Sommerfestes

Der „EURO“ kommt! Die „Täter“ sind schon da!

Aus den Informationen des Polizeipräsidiums Oranienburg

Vom 02.01.2002 bis zum 28.02.2002 werden in Deutschland, wie in den anderen europäischen Staaten, die den EURO einführen, die nationalen Währungen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) in den EURO umgetauscht.

Das bedeutet, dass die D-Mark bis zum 28.02.2002 als Zahlungsmittel verwendbar ist und auch darüber hinaus ihren vollen Wert behält. Sie kann nach dem 28.02.2002 zeitlich unbefristet, betraglich unbegrenzt und kostenfrei bei allen Landeszentralbanken zum dauerhaft festgelegten Kurs von 1 EURO = 1,95583 DM umgetauscht werden.

Auf diese größte Geldumtauschaktion in Europa sollte man sich vorbereiten. In der Wirtschaft, dem Handel, den Banken, in Ihrem Portemonnaie, kurz gesagt, im gesamten gesellschaftlichen Leben wird es Veränderungen geben. Das birgt natürlich Risiken und verbreitet auch Ängste. Risiken dahingehend, dass man mit der neuen Währung nicht vertraut ist, die Umtauschmodalitäten nicht kennt. Ängste verbunden mit der Frage, ist die neue Währung sicher?

Grundsätzlich dürfen vor dem 01.01.2002 weder EURO-Scheine noch Münzen im Zahlungsverkehr sein.

- Hüten Sie sich vor Falschgeld. Wer Falschgeld entgegennimmt, erhält keine Entschädigung und macht sich bei wissentlicher Weitergabe selbst strafbar.
- Hüten Sie sich vor Anbietern zweifelhafter Kapitalanlagen. Werden Sie misstrauisch, wenn sich Geschäftssitz und Gerichtsstand dieser Anlagen im Ausland befinden.
- Seien Sie gewarnt, wenn der Erstkontakt per Telefon erfolgt;
- Sie unter Zeitdruck gesetzt werden;
- man Ihnen hohe Renditen verspricht;
- sich die Trickbetrüger als „Euro-Umtausch-Beauftragte“ einer Bank vorstellen.
- Tauschen Sie keine DM oder EURO an der Haustür.
- Weisen Sie Angebote zum vorzeitigen Bargeldumtausch zurück.
- Nehmen Sie sich zum Bargeldumtausch Zeit. Meiden Sie die hektische Umtauschphase Anfang Januar 2002.
- Nutzen Sie Scheck- oder Kreditkarten zur bargeldlosen Bezahlung.
- Bauen Sie Bargeldbestände in deutscher Währung rechtzeitig ab. Bringen Sie jeden Pfennig aufs Konto.
- Münzähnliche Sonderprägungen aus Edelmetallen sind keine gesetzlichen Zahlungsmittel.
- Legen Sie keine doppelten Bargeldbestände in DM und in EURO an.
- Zählen Sie Ihr Geld am Schalter und nicht auf der Straße nach. Achten Sie auf Ihre Umgebung. Lassen Sie sich bei Unsicherheit von einer Vertrauensperson begleiten.
- Lassen Sie sich kein Falschgeld andrehen.
- Tätigen Sie den Umtausch von Bargeld nur bei Geldinstituten.
- Hüten Sie sich vor Trickbetrügern, die sich als „Polizisten“ ausgeben.

Aus dem Schulförderverein

Nachdem nun auch die letzten Antworten eingegangen und ausgewertet worden sind, kann das Ergebnis der Umfrage zum Thema Gymnasium und Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe präsentiert werden:

Von den mit dem „Gliener Kurier“ verteilten Bögen kamen 96 Stück ausgefüllt zurück. Davon waren 90 namentlich. Die Eltern von 157 Kindern haben sich gemeldet.

74 Prozent sprachen sich ausschließlich für das Gymnasium aus. 18 Prozent der Antworten plädierten ausschließlich für eine Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe. Nur 8 Prozent interessierten sich für beide Schulformen.

50 Prozent der Antwortenden waren für ein Abitur nach zwölf Jahren. Nur 38 Prozent wollen die bisherigen dreizehn Jahre beibehalten. Der Rest blieb unentschieden.

45 Prozent sprachen sich für sechs Grundschuljahre mit sechs Jahren Gymnasium aus. 34 Prozent waren für sechs Grundschuljahre mit sieben Jahren Gymnasium. 27 Prozent entschieden sich für Schnellläuferklassen (vier Jahre Grundschule mit acht Jahren Gymnasium). 20 Prozent halten auch die sechs Jahre Grundschule mit anschließender Gesamtschule und gymnasialer Oberstufe für eine interessante Option.

Immerhin gab es auch drei Rückmeldungen, die sich für eine vierjährige Grundschule bei neunjährigem Gymnasium einsetzten, obwohl diese Variante nicht aufgeführt war. Da hier Mehrfachnennungen möglich waren, kommen mehr als 100 Prozent zusammen.

Auch wenn Glienicke für die Einrichtung eines Gymnasiums zu klein ist, sollten angesichts des hohen Interesses an dieser Schulform die Wünsche der betroffenen Eltern in der Politik berücksichtigt werden.

Dr. Hans G. Oberlack

Öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 11 „Staerkstraße“ der Gemeinde Glienicke/Nordbahn gemäß § 3 Abs. 1 BauGB

Der in der Gemeindevertretung am 19.09.2001 gebilligte und zur Auslegung bestimmte Vorentwurf des Bebauungsplanes Nr. 11 „Staerkstraße“ liegt in der Zeit vom

11. Oktober 2001 bis 16. November 2001

in der Gemeindeverwaltung Glienicke/Nordbahn (Hochbauamt), Hauptstrasse 18, 16548 Glienicke/Nb., während der Dienstzeiten der Verwaltung zur Einsicht aus (montags, mittwochs und donnerstags von 09.00 bis 12.00 Uhr und 13.00 bis 15.00 Uhr, dienstags von 13.00 bis 18.00 Uhr und freitags von 09.00 bis 12.00 Uhr). Während dieser Auslegungsfrist können Anregungen zum Vorentwurf vorgebracht werden. Diese können von jedem Bürger schriftlich oder zur Niederschrift bei der Gemeindeverwaltung, Hauptstrasse 19, 16548 Glienicke/Nordbahn, erfolgen.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 11 wird wie folgt begrenzt:

- im Norden durch die Gemarkungsgrenze zur Gemeinde Schönfließ,
- im Osten durch die Spandauer Straße, Franz-Schubert-Straße, Staerkstraße,
- im Süden durch die Roedernstraße, Leipziger Straße,
- im Westen durch die Gemarkungsgrenze nach Berlin-Frohnau.

Der beiliegende Plan stellt den Geltungsbereich des Vorentwurfs dar und ist Bestandteil dieser Bekanntmachung.

Der Bebauungsplan wird auf der Grundlage des § 30 (1) BauGB als qualifizierter Bebauungsplan aufgestellt. Der Geltungsbereich soll als Allgemeines Wohngebiet entwickelt werden. Dabei soll eine GRZ von 0,2 und eine maximale Grundfläche baulicher Anlagen von 150 m² zulässig sein.

In den vorderen Grundbereichen sollen zweigeschossige Baukörper mit maximal 3 WE und in den hinteren Bereichen eingeschossige Baukörper mit maximal einer WE zulässig sein. Eine Mindestgrundstücksgröße von 500 m² wird angestrebt.

Pflanzfestsetzungen zur Mindestbepflanzung mit Bäumen sind vorgesehen.

Bevölkerungsentwicklung in Glienicke

In der Sitzung der Gemeindevertretung Glienicke am 19. September 2001 wurde als Tagesordnungspunkt 13 die Bevölkerungsentwicklung behandelt. Die dazu vom 1. Beigeordneten und Hauptamtsleiter Dr. Alfred Krause vorgetragenen Planungsgrundlagen und Problembereiche wurden zustimmend zur Kenntnis genommen und werden nachstehend auf Wunsch der GVT als eine allgemeine Information für die Bürgerinnen und Bürger in Glienicke in leicht gekürzter Form veröffentlicht:

Glienicke hat jetzt eine Einwohnerzahl von mehr als 8000 erreicht. Diese Zahl sollte nicht nur zur Kenntnis genommen und dann abgelegt werden. Es lohnt sich vielmehr, danach zu fragen, was es mit einer solchen Zahl auf sich hat, was dahinter steckt, ob und welche Konsequenzen damit verbunden sind.

Aktuell ist eine solche Diskussion auch deshalb, weil in der politischen Diskussion um die Zuwanderung zu hören und zu lesen ist, dass in Deutschland die Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten dramatisch abnehmen wird.

Man spricht dabei von 10 Millionen Menschen bis 2050, und Wissenschaftler verbinden damit die Feststellung, dass dann die „Reproduktionsrate“ unter das Erhaltungsmaß fällt, so dass die „Deutschen“ langsam aussterben.

Soweit die Prognosen im Großen. Wie aber sieht es in Glienicke aus, liegen wir im „Trend“ oder, wie den Glienickern manchmal nachgesagt wird, abseits des Trends?

Ohne Anspruch auf letzte wissenschaftliche Exaktheit werden in Glienicke seit Mitte 1999 von der Verwaltung eigene Untersuchungen und Überlegungen im Rahmen der Bevölkerungsentwicklung angestellt.

Zuvor gab es externe Erhebungen, in aller Regel durch die in Glienicke ansiedlungswilligen und „investitionsfreudigen Großinvestoren“.

Die Prognosen:

Die ersten Untersuchungen aus 1994 prognostizierten das Überschreiten der Zahl von 10.000 Einwohnern für das Jahr 2001, und selbst weitere Erhebungen aus 1995 sahen Glienicke für den Zeitraum bis 2001 deutlich bei über 10.000 Menschen. Daran weiter geknüpfte Vorstellungen zum Zeitraum bis 2010 jonglierten mit Zahlen bis zu 15.000 Menschen, die nicht nur im Planungsausschuss, sondern auch in der GVT den Abgeordneten bereits Sorgenfalten auf die Stirn trieben.

Das würde immerhin eine Einwohnerzahl von ca. 3.260 Menschen pro km² bedeuten. In Brandenburg wohnen im Durchschnitt 88 Menschen / km².

Weitere externe Prognosen aus 1998 und Anfang 1999 streckten den Zeitraum zur Erreichung von 10.500 Menschen immerhin bis 2005.

Die stark auseinander driftenden Zahlen veranlassten die Verwaltung Mitte 1999 zu eigenen Untersuchungen, und im Herbst 1999 wurden auf der eigenen Datenbasis und unter Berücksichtigung der erkennbaren wirtschaftlichen Entwicklung für das Ende des Jahres 2001 eine Einwohnerzahl von ca. 8.100 angenommen.

Die tatsächliche Zahl zur heutigen GVT (19.09.2001) beträgt 8.134 Einwohner und bestätigt damit die Annahmen der Gemeindeverwaltung.

Warum das nun alles, warum dieser Aufwand, es ist doch nur eine Zahl, mag sich der eine oder andere fragen.

Ist das wirklich alles?

Für die Verwaltung mit Sicherheit nicht! Was ist mit dieser Zahl alles verbunden, sowohl im Rahmen der vergangenen Entwicklung, als auch der zukünftigen. Wie stellt sich die Bevölkerungsentwicklung in ihren Auswirkungen dar, und welche Probleme sind damit verbunden?

Das Ansprechen aller mit dieser Fragestellung verbundenen Bereiche würde mit Sicherheit den Rahmen dieses Beitrags sprengen, aber schlaglichtartig soll dennoch verdeutlicht werden, dass die Verwaltung, anders als viele Einwohner und auch Kritiker der Verwaltung meinen, sich sehr wohl intensiv und dabei auch vielseitig, vielschichtig und flexibel mit Fragen über das allgemeine Alltagsgeschäft hinausgehend befasst. Eine ausgewogene, wirtschaftlich vernünftige und bürgerfreundliche Entwicklung des Ortes ist dabei die Leitlinie, der gefolgt wird.

Wachstum der Bevölkerung heißt:

Mehr Fragen aber auch mehr Themen der politischen Gruppierungen, der Politik, der wachsenden Zahl der Bürgerinnen und Bürger. In aller Regel bedeutet das zunächst mehr Arbeit für die Verwaltung.

Mehrarbeit ist dabei nicht nur quantitativ, also allein mengenmäßig zu sehen, sondern insbesondere auch qualitativ, und wie ist die unter anderen Rahmenbedingungen entstandene Verwaltung darauf vorbereitet oder vorzubereiten?

Zahlen:

Zum Stichtag 01.01.1989 lautete die amtliche Bevölkerungszahl 3.711, am 01.01.1993 noch 4.062, d.h. ein Zuwachs um 351 Personen in vier Jahren. Ein zunächst nur langsamer Zuwachs, ohne dass sich daraus besondere Probleme ergaben.

Zum 01.01.1995 waren 4.510 Personen amtlich gemeldet, immerhin 448 Personen jetzt bereits in zwei Jahren mehr. Die Entwicklung nahm Fahrt auf.

Am 01.01.1999 wurden 5.932 Einwohner registriert, und heute, rund 2,5 Jahre weiter, 8.134, also 2.202 mehr.

Mit dieser Einwohnerzahl hat Glienicke eine Einwohnerdichte von 1.768 / km² erreicht.

Faktoren der Bevölkerungsentwicklung:

Die Bevölkerungsentwicklung ist von einer Vielzahl von Faktoren abhängig, von denen hier beispielhaft nur aufgeführt werden sollen die Bevölkerungsbewegung, die sich aus der natürlichen Bewegung von Geburten und Sterbefällen, sowie der räumlichen Bewegung, die sich aus dem Wanderungsverhalten ergibt.

Letzteres findet meist sozialgruppen- und altersspezifisch statt und weist in der Regel ein bedeutend höheres Volumen auf. Durch das Wanderungsverhalten wird die gesamte Bevölkerungsentwicklung sowohl quantitativ als auch qualitativ in besonderer Weise beeinflusst.

Die natürliche Bevölkerungsbewegung (Geburten- und Sterberate) weist in den letzten Jahren stets eine positive Bilanz aus, so standen im Jahr 2000 81 Geburten 51

Sterbefällen und in diesem Jahr bisher 57 Geburten 44 Sterbefällen gegenüber. Die räumliche Bewegung, die Wanderung, wird vornehmlich durch eine Zuwanderung jüngerer Familien mit Kindern bestimmt, was in den letzten Jahren auch aufgrund einer verstärkten Abwanderung älterer Personen zu einer Reduzierung des Durchschnittalters der Wohnbevölkerung auf derzeit 40,34 Jahre führte.

Die Abwanderungszahlen für den Zeitraum 01.01.1999 bis 03.08.2001 belaufen sich auf 1.551 Personen.

Die Zahlen für den ersten Teil der 90er Jahre zeigen, dass es jedoch in Glienicke zu einem erheblichen Bevölkerungsumbruch gekommen ist, so dass die alten, Jahrzehnte gewachsenen Strukturen im Vergleich zu anderen Orten eine geringere Bedeutung haben.

Glienicke hat 81,79 Prozent oder 6.656 wahlberechtigte Personen.

594 Mitbürger sind über 65 Jahre alt, 6.062 Bürger sind im erwerbsfähigen Alter zwischen 18 und 65 Jahren. 4.305 Haushalte gibt es zur Zeit, davon immerhin 2.233 Haushalte Alleinstehender, von denen wiederum 372 zwischen 1 bis 4 Kinder haben. 1.643 Eigenheime prägen zu einem wesentlichen Teil das Erscheinungsbild des Ortes.

Wachstum heißt weiter, sich den sozialen Fragen, wie z.B. Beschäftigung, Jugend, Familie, Kinder, zu stellen. Ein besonderes Augenmerk bei der Entwicklung richtet die Verwaltung auf die Zahl der 0 bis 12jährigen Einwohner, denn gerade durch sie wird in besonderer Weise das Geschehen und die Entwicklung des Ortes beeinflusst. Das Stichwort Kita beschreibt hier einen Teil der Problemlage.

Konnte die Verwaltung noch Ende 1999 und im 1. Quartal 2000 davon ausgehen, dass es mit der neuen Kita auf dem Glienicker Feld zum Ende des Jahres 2000 zur Schließung einer Kita kommen würde und zwei Kitas mit erhöhten Belegungszahlen die Pflichtaufgabe zur Bereitstellung eines Kitaplatzes erfüllen würden, so hat sich die Situation inzwischen erheblich geändert.

Z.Zt. werden drei Kitas von der Gemeinde betrieben mit insgesamt 367 Plätzen. Hinter dieser auch nur nüchternen Zahl verbergen sich immerhin 33 Mitarbeiter pädagogischen Personals zuzüglich der sog. technischen Kräfte wie Küchenmitarbeiter, Hausmeister und weiteres technisches Personal, und selbstverständlich kommt aus dem Verwaltungsbereich das Sachgebiet mit drei Mitarbeitern hinzu, die die gesamte ordnungsgemäße verwaltungstechnische Abwicklung, angefangen vom Vertragswesen über Beratungs- und Auskunftswesen bis hin zur haushaltstechnischen Abwicklung gewährleisten müssen. Der ebenfalls notwendige Personaleinsatz aus dem Bauwesen zur Unterhaltung der Gebäude und Grundstücke sowie die sicherheitstechnischen Überprüfungen der Spielgeräte, aber auch der Gebäudesicherheit, binden weitere Kräfte.

Der unter Sozialbereich zu subsummierende Personaleinsatz Kita, Bibliothek, Jugendarbeit, Sporthalle beträgt 59,19 Prozent aller Mitarbeiter der Verwaltung und macht rd. 50 Prozent der gesamten Personalkosten der Gemeinde aus. Deshalb hat man sehr genau diese Situation zu beobachten!



(Fortsetzung folgt)

Genügend Schülerzahlen

Erfreuliches konnte Bürgermeister Joachim Bienert im Sozialausschuss über die Entwicklung der Schülerzahlen berichten. Von insgesamt 490 Schülern besuchen 278 Kinder die Grundschule und 212 Jugendliche die Gesamtschule. (Im Vergleich dazu waren es 1999 nur 429 Schüler). Zwei siebte Klassen in der Gesamtschule waren nicht in Gefahr, allerdings, so musste der Bürgermeister hinzufügen, kämen die meisten Schüler aus Berlin bzw. den Nachbargemeinden.

Doch durch jahrelanges Bemühen wäre erreicht worden, dass Glienicke als Schulstandort die Nr. 1 sei, und zwar vor Mühlenbeck und Hohen Neuendorf. Sinnbild dieser Vorrangstellung ist unter anderem die äußere Sanierung der Gesamtschule in diesem Jahr, eine Maßnahme, die im nächsten Jahr im Innenbereich ihre Fortsetzung finden wird.

Aus den Fraktionen

CDU-Fraktion

Zur Bürgermeisterwahl

Die CDU-Fraktion erinnert an dieser Stelle an die Darlegung zur Bürgermeisterwahl in der September-Ausgabe 2001 des Glienicker Kuriers.

Die Fraktion teilt mit, dass aus dem Bewerber inzwischen ein Kandidat der CDU für das Amt des Bürgermeisters geworden ist. Hartmut Hempel hat sich in den Monaten Juli und August mit dem Ort Glienicke vertraut gemacht und sich über anstehende Probleme, Vorstellungen der Bürger, Tätigkeitsfelder der Vereine und über Bauvorhaben intensiv informiert.

Seine kommunalpolitischen Erfahrungen sammelte er in Berlin. In unserem sich stetig entwickelnden Ort bieten sie die beste Gewähr für eine moderne Verwaltung, die ihre Aufgabe darin sieht, dem mündigen Bürger ein verlässlicher Partner zu sein.

Die CDU-Fraktion ist überzeugt, dass mit dem Bürgermeisterkandidaten Hartmut Hempel die bessere Alternative zur Wahl steht.

Die Mitglieder der Fraktion sprachen sich einstimmig für die Nominierung von Ulf Fink für die Kandidatur zum Bundestag aus.

Hans Robert Joepgen
Fraktionsvorsitzender

Das gläserne Rathaus

Die Tätigkeit der Verwaltung als öffentlicher Dienstleister muss so erfolgen, dass der Bürger spürt, hier wird mit ihm und nicht ohne ihn und schon gar nicht gegen ihn entschieden. Die frühzeitige Bürgerbeteiligung, insbesondere bei Themen, die das Eigentum, die Bebaubarkeit von Grundstücken, die Verkehrsplanung und die Gebühren betreffen, wird im Mittelpunkt einer bürgernahen Verwaltung unter Hartmut Hempel stehen.

Die teilweise katastrophalen Zustände auf den befestigten Bürgersteigen werden durch ein Sofortprogramm entschärft. Dies betrifft hauptsächlich folgende Straßen: Alte Schildower Straße, Breitscheid-, Nieder-, Koebis-, Elsässer Straße und Teile der Karlstraße. Die Verwaltung ist in der Verpflichtung, insbesondere den Senioren ein sicheres Begehen der Bürgersteige zu ermöglichen.

Eine Konzeption für das Gebäude der Gemeindeverwaltung in der Hauptstraße wird erarbeitet. Leitlinie ist: ein Standort für alle Ämter und Verwaltungsbereiche. Anstelle des linken Gebäudeflügels (Abriss) wird ein Erweiterungsbau errichtet. Hier befindet sich dann auch ein repräsentatives Standesamt, das für alle Bürger zugänglich ist.

Die Jugendlichen treffen sich zur Zeit in einem Gebäude, das restitutionsbelastet ist. Ein Gebäude, das der Gemeinde gehört, wird zur Verfügung gestellt werden. Das Angebot für die 14 bis 19jährigen wird regelmäßig aktualisiert. Der Tätigkeit des Schulfördervereins wird in seiner Bedeutung für die Festschreibung des Schulstandortes Glienicke und bei der Qualitätssicherung des Unterrichts Anerkennung ausgesprochen. Die Arbeit des Vereins wird bei allen schulpolitischen Erwägungen gebührende Berücksichtigung finden.

Die Planung des Haushalts der Gemeinde Glienicke muss von groben Verstößen freigehalten werden. Die vom Rechnungsprüfungsamt mehrfach bemängelte Nachweisführung der Bestände aus ungeklärten Rechtsverhältnissen beispielsweise ist dafür ein bereiteter Beleg. Nachtragshaushalte dürfen nicht dadurch entstehen, weil ein exakter Planungsabgleich der beteiligten Ämter und/oder anderer Verwaltungsbereiche fehlt.

Die Stationierung des Rettungswagens auf Probe im Gebäude der Feuerwehr ist ein Sieg der Vernunft und ein Erfolg für Glienicke. Die CDU hat daran erheblichen Anteil. Den Bürgern Glienickes und allen, die durch Glienicke kommen, wollen wir diesen Rettungswagen auf Dauer erhalten.

Die ehrenamtliche Tätigkeit von Bürgern unserer Gemeinde ist aus dem Leben nicht mehr wegzudenken. Die Bereitschaft von Bürgern, sich unentgeltlich dem Gemeinwohl zu widmen, wird in geeigneter Form die verdiente öffentliche Würdigung erfahren.

Hans Robert Joepgen
Fraktionsvorsitzender

PDS-Fraktion

1. Am 03.09.2001 stellte der Bürgermeister, Herr Bienert, die Eckpunkte seines Wahlprogramms der Fraktion und den Vertretern des Ortsvereins der PDS vor. Im Ergebnis eines dreistündigen Gespräches, das sehr sachlich geführt und in dem Erreichtes gewürdigt wurde, aber auch Defizite sehr kritisch benannt wurden, kam die Fraktion zu dem Entschluss, die Kandidatur von Herrn Bienert für die Bürgermeisterwahl am 11. November 2001 zu unterstützen.

Die Fraktions-Sitzung am 11. September 2001 zur Vorbereitung auf die Sozialausschuss-Sitzung am 13. September 2001, in der auf Initiative der Fraktion der PDS die erneute Diskussion zum Kindertagesstättengesetz und seine Auswirkungen auf die daraus resultierende Gebührensatzung in Glienicke begonnen werden sollte, war überschattet von dem unfassbaren Terroranschlag in den USA. In einer spontan verfassten Presseerklärung brachten wir unsere Trauer zum Ausdruck, die uns mit dem amerikanischen Volk verbindet. Weiter heißt es: Wir setzen die Hoffnung in die Vernunft der Menschheit, dass einer Eskalation der Gewalt und des Verbrechens Einhalt geboten wird.

2. Unsere Betroffenheit verbindet sich mit dem Wunsch, dass bei allem Verständnis für das Leid der Menschen, die Politiker verantwortungsbewusst und mit Augenmaß auf dieses schreckliche Verbrechen reagieren.

Angesichts der politischen Entwicklungen der letzten Tage bringen wir zum Ausdruck, dass sich Amerika der vollen Unterstützung im Kampf gegen den Terrorismus sicher sein kann, wenn dieser konsequent und zielgerichtet mit zivilisatorischen Mitteln geführt wird. Einen Krieg gegen ein Land lehnen wir ab. Er führt zu keiner Lösung des globalen Problems des Terrorismus, nimmt ebenfalls billigend in Kauf, dass unschuldige Menschen getötet werden, gebärt neue terroristische Anschläge und führt nur zur Eskalation der Gewalt.

3. Auf Antrag der Fraktion der PDS wurde in der Gemeindeverwaltung beschlossen, dass sich Glienicke der Aktion „Noteingang“ anschließt. Das Ziel der Aktion besteht darin, potentiellen Opfern rassistischer Gewalt Hilfe anzubieten. Wir würden uns freuen, wenn nicht nur öffentliche Einrichtungen diesen Aufkleber anbringen, sondern sich auch private Einrichtungen dieser Aktion anschließen und ein Zeichen setzen.
4. Die Tagung der Gemeindevertretung Glienicke am 24.10.2001 ist die letzte unter Leitung des Vorsitzenden, Prof. Dr. Ebert. Aus familiären Gründen zieht Prof. Dr. Ebert aus Glienicke weg und muss sein Mandat aufgeben.

Wir möchten uns deshalb öffentlich für seine geleistete Arbeit als Abgeordneter unserer Fraktion und insbesondere für sein besonnenes, menschenfreundliches Wirken als Vorsitzender der Gemeindeverwaltung Glienicke ganz herzlich bedanken.

Dr. Martin May,
Fraktionsvorsitzender

SPD/FDP-Fraktion

Kita-Satzung - Meinungsaustausch im Sozialausschuss

Im März dieses Jahres beschloss die Gemeindevertretung gegen die Stimmen der PDS eine neue Satzung für die Kitas der Gemeinde mit einer ebenfalls veränderten Gebührenordnung. Notwendig war dies durch eine Änderung des entsprechenden Landesgesetzes u. a. über die Berechnung der Kostenerstattung von Land und Kreis sowie die Verringerung der Regelbetreuungszeiten.

Die vorgelegte Satzung fand nach eingehender Diskussion im Sozialausschuss und in der Gemeindevertretung eine Mehrheit.

Ein Änderungsantrag der PDS auf Zurückverweisung in den Ausschuss wurde abgelehnt, ein Änderungsantrag der Glienicker Bürgerliste dagegen angenommen. Danach gilt die Satzung zunächst bis Ende des Jahres. Innerhalb der Diskussion für den Haushalt 2002 sollen die kostenmäßigen Auswirkungen analysiert und die Gebührentabellen neu strukturiert werden. Überrascht waren die Mitglieder des Sozialausschusses, dass trotz dieser Beschlusslage die PDS zur Tagesordnung der letzten Sitzung einen Antrag einbrachte, nach dem die Auswirkungen der neuen Kita-Gebühren festgestellt und über eine Änderung beraten werden sollte. In einer langatmigen Begründung stellte der sachkundige Bürger der PDS-Fraktion, Herr Wöhrmann, die Diskussion im März aus seiner politischen Sicht dar, zitierte wörtlich gegenteilige Äußerungen einzelner Abgeordneter und forderte einen Runden Tisch als Diskussions- und Beschlussgremium für eine veränderte Satzung. In der offenen und sachlichen Aussprache, an der auch Elternvertreter teilnahmen, wurde übereinstimmend festgestellt, dass erst nach Vorlage der entsprechenden Analyse der Verwaltung und des Haushaltsentwurfs beraten werden kann.

Diese Arbeit ist in der Gemeindeverwaltung in vollem Gange, im Bereich der Kitas mit dem Ziel, trotz enger wirtschaftlicher Bedingungen soziale Härten zu mildern. Die Gemeindeverwaltung bot in diesem Zusammenhang ein umfassendes Informationsgespräch mit den Elternvertretern aller Kitas an, damit alle Beteiligten am Diskussionsprozess über den notwendigen Informations- und Kenntnisstand verfügen. Auf Vorschlag der Abgeordneten Oltmanns (SPD) und des Abgeordneten Unger (GBL) wurde beschlossen, am 25. Oktober in einer Sondersitzung des Ausschusses zusammen mit Elternvertretern über die Erfahrung mit der Satzung und Vorschläge zur Änderung zu sprechen, um dem Ausschuss eine Grundlage zu einer entsprechenden Empfehlung an die Gemeindevertretung zu geben.

Klaus Neumann-Duscha,
Fraktionsvorsitzender

Unterstützung für Kulturverein

Helga Gehrke vom Glienicker Kulturverein konnte die Bestätigung für 2.000, - DM Förderung aus der jüngsten Sitzung des Sozialausschusses mit nach Hause nehmen. Zwölf Veranstaltungen sind bis zum Jahresende noch zu erwarten; darunter mit plötzlich sehr brisanter Aktualität der Vortrag eines Islam-Wissenschaftlers, drei „Literarische Stunden“, eine davon mit Heinz Kahlau, eine Ausstellung mit Bildern von Hans Schott, der in Glienicke bereits über eine große Anhängerschar verfügt, ein Liederabend mit den Künstlern Magdalena und Michael Zabanoff und vieles mehr. Für den Kulturverein eingestellt im Haushalt sind für dieses Jahr insgesamt

2.500, - DM, von denen bisher noch nichts ausgezahlt worden war. Der nunmehr verbleibende Rest von 500, - DM soll dem Kulturverein als Anlaufkapital für das nächste Jahr dienen.

Schulanfang in der neuen „Alten Turnhalle“ Abc-Schützen von Schneeweißchen und Rosenrot empfangen

In der Nacht zum 1. September passierten in der „Alten Turnhalle“ Glienickes merkwürdige Dinge.

Auf dem Parkettboden erblühten bunte Blumen, Pilze schossen aus dem Boden, und Schmetterlinge tanzten um zwei wunderschöne Rosenbüsche. Eine dermaßen zauberhafte Märchenwelt empfing die kleinen Schulanfänger. Und bevor sie ihre Zuckertüten erhielten und zum ersten Mal ihre von den Klassenleiterinnen Katrin Janke und Constanze Knappe liebevoll ausgestalteten Klassenräume betraten, begrüßten sie Schneeweißchen und Rosenrot und bangten mit ihnen, als der Zwerg die beiden Prinzen in einen Bären und einen Falken verwandelte.

Ein Jahr lang haben sich die Mitglieder der Theatergruppe auf diesen Tag vorbereitet und unermüdlich geprobt, sogar am letzten Ferientag. Der schönste Lohn dafür waren die großen Augen der Erstklässler und der Beifall aller Zuschauer. Tabea und Christin gefielen vor allem Schneeweißchen und Rosenrot in ihren schönen Kleidern und natürlich das Hochzeitsfest. Anja fand toll, dass sich Bär und Falke in die Prinzen zurück verwandelten. Talina und Fabian hatte es der Zwerg angetan „der hat so lustig gespielt.“ Na ja, eigentlich ist er ja ein recht garstiger Zwerg. Aber im Märchen geht es mit Verwandlungen halt schnell.

Schulleiterin Monika Karrer holte die Erstklässler dann aus der Märchenwelt zurück in die Wirklichkeit:

„Heute nun wird es Wirklichkeit - Ihr werdet richtige Schulkinder. Bestimmt habt Ihr Euch schon lange gefreut auf den heutigen Tag. Vielleicht habt Ihr auch so ein Kribbeln im Bauch? Das ist die Aufregung. Ich kann mich noch gut erinnern, als ich vor vielen Jahren, so wie Ihr heute, das erste Mal mit Schulranzen und Zuckertüte in die Schule spaziert bin. Die ganze Nacht zuvor konnte ich vor Aufregung nicht richtig schlafen. Wer wird wohl mein Tischnachbar werden – dachte ich. Wie wird meine Lehrerin sein?“

Und Schule, liebe Mädchen und Jungen, das ist was ganz Tolles. Jeden Tag gibt es etwas Neues zu lernen. Jeden Tag trifft man viele, viele Mitschüler, mit denen gemeinsam das Lernen wirklich Spaß macht.“ Nach der ersten Schulstunde waren die Festlichkeiten für die 46 Mädchen und Jungen noch längst nicht vorbei. Alle Kinder feierten mit vielen Gästen zu Hause weiter. Für Kira gab es eine richtige Schatzsuche. Vivian machte mit ihren Eltern eine Kutschfahrt. Johanna und Johannes fuhren in den Zoo, und Julia besuchte mit ihren Gästen die Pfaueninsel. Und erst die großen Zuckertüten und die Geschenke darin...

Ein großer Tag, der wie im Märchen begann.

Monika Bastian

Diamantenes Paar mit reicher Erinnerung Ursula und Harald Göbel wagen in Glienicke einen neuen Lebensabschnitt



Bürgermeister Bienert als Gratulant

„Was glauben Sie“, so Harald Göbel aus der Straße „Am Kindelfließ“, „was los gewesen wäre, wenn wir unsere Diamantene Hochzeit zu Hause hätten feiern können?“ Zu Hause – das war bis vor kurzem für das Ehepaar Göbel noch der Ort Wurzbach in Thüringen. Doch Harald Göbels schwere Operation und ihre Nachwirkungen erforderten nach Krankenhaus- und Kuraufenthalt den ganz spontanen Umzug nach Glienicke in das Haus von Sohn und Schwiegertochter. „Und diese Phase zum Wiedererlangen von neuer Kraft und Lebenszuversicht habe ich nur mit der Hilfe meiner Frau geschafft“, erzählt Harald Göbel, als das Paar am Tag des 60. Hochzeitstages Besuch erhält von Bürgermeister Joachim Bienert. Den sehen die Göbels als überraschenden Ausgleich an für die vielen Ehrungen, die sie in der Heimat erfahren hätten.

Schnell werden aus der geplanten halben zwei ganze Stunden. Viel kann der Bürgermeister aus Glienicke berichten, aber noch gespannter hört er zu, wenn Ursula und Harald Göbel – mit Zurückhaltung zunächst, aber dann immer aufgeschlossener – aus ihrem Leben erzählen.

Eine Entwurzelung in diesem Alter, er 85, sie 78 Jahre, würde sich nicht ohne Schmerz vollziehen lassen, bestätigt Ursula Göbel, denn schließlich habe man in Wurzbach das größte Stück des gemeinsamen Lebens zurück gelassen: Die junge Liebe, da war sie süße „16“, die Verlobung mit 17, die Heirat im Jahre 1941 während eines Fronturlaubs von Harald, die Geburt von Tochter und Sohn, später die der fünf Enkel und vor kurzem der Urenkelin – all das Erlebnisse, die verknüpft sind mit dem Ausbau eines alten Bauernhauses, mit der Pflege seiner und ihrer Eltern.

Inbegriffen auch die berufliche Entwicklung, seine mit Zuständigkeit für die Pflanzenproduktion in der Kreisverwaltung Lobenstein, ihre als Verkäuferin und später als Beschließerin in einem Ferienhotel, immer wieder unterbrochen durch die Führung des eigenen, eines Acht-Personen-Haushaltes. Was die gegenseitige Zuneigung, das Verstehen, die Harmonie über sechs Jahrzehnte aufrecht erhalten, ja sogar vertieft habe? „Die Not von Krieg und Nachkrieg hat uns zusammengeschweißt, aber auch viele andere, darunter sehr schöne und beeindruckende Erlebnisse“, so Harald Göbel. Die Reisen ins Hochgebirge zum Beispiel mit Trabbi, Rucksack und Zelt, die Arbeit in der heimatlichen Gruppe der Denkmalfreunde, später im Frankenwald-Verein, die Liebe zum Rennsteig,

dessen Wanderwege man nach langer Sperrgebietszeit wieder in Ordnung gebracht habe, gemeinsame Reisen mit französischen Bekannten, eine Freundschaft, die sogar noch aus der Stationierungszeit von Harald Göbel in Paris resultierte und sich über die Generationen fortsetzte. Das „diamantene“, geistig so überaus bewegliche Ehepaar schöpft aus einem reichen Erinnerungsschatz. Die beiden tun es mit Wehmut, wenn sie sich vergegenwärtigen, dass es nicht ohne Opfer geht, wenn man plötzlich aus einem Neun-Zimmer-Haus wechselt in eine kleine Obergeschoss-Wohnung, aber sie tun es ohne Resignation und mit der Gewissheit liebevoller Unterstützung durch die Familie des Sohnes. Nun würden sie ihren „letzten Abschnitt“ angehen, meint Harald Göbel und wendet seinen Blick optimistisch nach Glienicke. Hier haben die beiden schon ausgedehnte Wanderungen unternommen – in Richtung Lübars oder Schönfließ „unter wunderschönen alten Bäumen“, schwärmt Ursula Göbel. Und der immer so quirliche Ehemann, der nun aber durch die Folgen der Operation etwas gehandicapt ist, hält bereits Ausschau nach geselligen Kontakten in Glienicke. Bürgermeister Bienert empfiehlt die vielfältigen Veranstaltungen des Kulturvereins, vor allem aber die Treffen im Senioren-Club. Dort würde nicht etwa über Krankheiten und andere Wehwehchen gesprochen – dort gäb’s nicht nur hausgebackenen Kuchen, sondern Unterhaltung und Kurzweil für jeden Geschmack. Das Ehepaar Göbel wird diese Ratschläge ganz sicher befolgen.

Erste Homosexuellen-Hochzeit in Glienicke Das Paar ist glücklich über die neue Rechtssicherheit



Ihre Wohnung an der Glienicker Spitze ist gepflegt, picobello in Ordnung und sehr gemütlich. Als gut bürgerlich könnte man sie bezeichnen. Die Arbeiten im Haushalt sind, wie bei jedem anderen Paar auch, aufgeteilt. Der eine kocht, weil er das so gut kann, der andere macht sauber. Einkaufen gehen sie meistens zusammen. Ein Paar wie jedes andere auch. Nicht ganz – nicht Mann und Frau leben hier zusammen, sondern zwei Männer und das schon seit 24 Jahren. Es ist nicht, wie mancher noch heute voller Vorurteil meint, eine unnormale Partnerschaft, es ist nur eine andere. Und dieses Anderssein gilt es zu tolerieren – mehr nicht.

Das seit kurzem in Kraft getretene Lebens-Partnerschaftsgesetz ist ein entscheidender Schritt in diese Richtung, Wolfgang Schmeinta und Fred Schlumm haben es sofort für sich angewandt, sie setzten vor ihre bald „Silberne Hochzeit“ die „Grüne“. Sie haben als erstes homo-sexuelles Paar in Glienicke geheiratet.

Das war, wie beide zu erzählen wissen, nicht einfach, weil trotz Gesetzeserlass die Vorbereitungen, wie das Besorgen vieler Unterlagen, mühevoller waren als bei einem zweigeschlechtlichen Paar. Doch da gab es jemanden, der ihnen vorbehaltlos geholfen hat, sich durch den bürokratischen Dschungel hindurch zu finden: die Glienicker Standesbeamtin Marion Beese. Immer, wenn die beiden Männer nicht weiter wussten, wandten sie sich an sie, und sie half. Als der 7. September herangekommen war, waren sie alle aufgeregt, nicht nur das Paar Wolfgang Schmeinta und Fred Schlumm, die jeder einen Blumenstrauß in der Hand hatten, sondern auch Marion Beese, die das Ausfüllen und Überreichen der Lebenspartnerschaftsurkunde in der Gemeindeverwaltung Glienicke zu einem feierlichen und würdigen Akt gestaltete, an den die beiden Männer gerne und nicht ohne Rührung zurückdenken. Dass dann die anschließende Feier mit 40 Personen beim Italiener im benachbarten Hermsdorf zu einem sehr schönen und ausgelassenen Fest wurde, das lag unter anderem auch daran, dass man in der Verwandtschaft seit langem um die harmonische Partnerschaft der beiden weiß und sie auch toleriert. Selbst die beiden erwachsenen Söhne von Wolfgang Schmeinta tun es.

Hat sich nach der Eheschließung ihr Leben nun geändert? Eigentlich nicht, meinen beide übereinstimmend, und sie fügen hinzu, dass sie den Schritt vor allem gegangen sind, um sich gegenseitig rechtlich abzusichern. Sie tragen nicht nur goldene Ringe, nunmehr

gewechselt von der rechten auf die linke Hand, sie leben ihr Glück, das zeitweise von schweren Krankheiten beim einen als auch beim anderen bedroht war, ganz bewusst.

Beide, der eine Verwaltungsangestellter, der andere Filialleiter bei einer Feinkostkette, leben bereits im beruflichen Ruhestand. Das erlaubt ihnen, einem gemeinsamen Hobby zu frönen: dem Reisen. In diesem Jahr wollen sie einen langersehnten Traum wahr machen – eine Weltreise, vielleicht als symbolische Hochzeitsreise. Am 22. Dezember werden sie, wenn es die politischen Ereignisse erlauben, auf der „Albatros“ für drei Monate in See stechen.

Die Volleyballsaison ist wieder eröffnet



vorn – von links nach rechts Kristin Willing, Inken Olthoff, Simone Schäper, Katharina Schulte, Svenja Höner
hinten – von rechts nach links Caroline Feller, Solveig Sieber, Ulrike Rosoll und Sabine Krüger

Die Saisonvorbereitung des SV Glienicke/Schildow im Jahre 2001 ist sehr erfolgreich verlaufen, so daß für die neue Saison die Messlatte hoch hängt. Zum ersten Mal gewann das Team im August das Quadro-Beach in Prenzlau. Beim Havelpokal in Hennigsdorf setzte sich die Glienicker Truppe Anfang September gegen gleichwertige Mannschaften aus dem Umland ebenfalls durch. Am folgenden Wochenende gelang dann noch der Gewinn des Wusterhausener Turniers. Hier waren Mannschaften der Landesklasse und Landesliga aus Brandenburg und Sachsen am Start. Aber Vorbereitungsergebnisse zählen jetzt nicht mehr. Nun fieberten alle dem ersten Spieltag entgegen.

Neun Spieler fuhren nach Gransee, um mit den Gastgebern und Hohen Neuendorf die Kräfte zu messen. Die erste Partie hieß Gransee gegen Glienicke/Schildow. Nervös und hektisch begann die Partie. Gransee lag stets in Führung, die Gäste hatten Probleme, ihr Spiel zu ordnen. Bei 18:12 schien Glienicke schon am Boden zu sein. Mit taktischen Wechseln und Auszeiten gelang noch der 24:24 Gleichstand. Plötzlich gelang den Gastgebern nichts mehr, und sie verloren den ersten Satz mit 26:24. Im zweiten Satz lief alles wie im ersten, nur das diesmal Gransee mit 26:24 die Nase vorn hatte. Im dritten und vierten Satz fanden die Gäste besser zu ihrem Spiel. In beiden Sätzen gelang ihnen bei Satzmitte ein kleiner Zwischenspurt, der dann bis zum Satzende anhielt. Gransee verlor mit 3:1 (24, -24, 19, 17) gegen Glienicke/Schildow.

Das letzte Spiel zwischen den Ortsnachbarn aus Glienicke/Schildow und Hohen Neuendorf war eine eindeutige Angelegenheit für den SV Glienicke. Zwar kamen die Hohen Neuendorfer oft zum Ausgleich, hatten aber in den Schlussphasen der Sätze nichts mehr hinzuzusetzen. Auch waren die Punkte oft Geschenke des Gegners, der den Service verschlug oder im Angriff knapp ins Aus traf. Nach 58 Minuten gewann Glienicke/Schildow mit 3:0 (19, 21, 21).

Der SV Glienicke/Schildow spielte mit Marco Fuhrmann, Martin Wolf, Guido Wilke, Martin Korn, Alexander Bausch, Jörn Herrmann, Torsten Trogisch, Bernd Olthoff und Torsten Hackel.

Guido Wilke

Für schlanke Taille und flachen Bauch!

Ich möchte Sie auf das neue, erweiterte sportliche Kursprogramm in der Dreifeldturnhalle in Glienicke aufmerksam machen und hoffe, dass ich in meinen Kursen der Funke bin, der in Ihnen das Feuer und die Begeisterung für die Liebe zum Sport, zu Ihrem Körper und dem Gefühl von mehr Energie, Frische, Vitalität und Wohlbefinden zu entfachen vermag. Neu ist der Kurs:

Rücken–Wirbelsäulentraining, Mittwoch, 18.00 Uhr, in der Halle 3

Das Programm bietet Übungen, die kräftigen, angleichen und entspannen. Das Ergebnis ist eine Verjüngung der Haltung, verbunden mit mehr Frische und Spannkraft.

Wünschen Sie sich eine schlanke Taille, einen knackigen Po, straffe Beine, einen flachen Bauch?

Wollen Sie in einem speziellen Training spüren, wie sich Ihr Körper nach Ihren Wünschen formt und strafft? Dann sind Sie

freitags, 16.00 Uhr, in Halle 1 und/oder

sonntags, um 11.00 Uhr,

genau richtig. Sie werden trainiert von einer staatlich zugelassenen Sportmanagerin mit Ausbildung zum lizenzierten Studioleiter und mit Fortbildungsseminar Wirbelsäulen-Gymnastik, Aufbaustufe A + B.

Ob Sie nun zu allen drei Kursen regelmäßig kommen, oder nur hin und wieder mal zu einem, was Sie auch tun, Sie sind immer herzlich willkommen, und ich freue mich auf Ihren Besuch.

Jacqueline Meiske

Bodo Vötisch ausgezeichnet

Auf dem Landesschützentag am 18.08.2001 in Belzig wurde unser Schützenkamerad, Bodo Vötisch, mit dem Ehrenkreuz in Bronze des Deutschen Schützenbundes ausgezeichnet. Der Präsident des DSB, Rainer Wickidat, und der Präsident des Landessportbundes, Edwin Zimmermann, übergaben die Auszeichnung während eines Festmeetings auf dem Belziger Markt vor der Kulisse der angetretenen Vereine und Gilden des Landes Brandenburg. Damit wurde die unermüdliche Arbeit von Bodo Vötisch für das Deutsche Schützenwesen durch das Präsidium des Deutschen Schützenbundes ehrenvoll gewürdigt.

Werner Dornbrach

Bauanträge in der Zeit vom 1. September bis 30. September 2001

Die Gemeindeverwaltung gibt gemäß Beschluss vom 20.12.95 (Beschluss-Nr. 144-25/95) bekannt:

Für nachfolgend aufgeführte Grundstücke wurden in der Zeit vom 01.09. bis 30.09.2001 Bauvoranfragen oder Bauanträge bei der Gemeinde Glienicke eingereicht und das Bauordnungsamt Oranienburg weitergeleitet. Bei Nachfragen wenden Sie sich bitte an das Bauordnungsamt (Tel: 03301/601330); Sprechzeiten: Dienstag von 9.00 bis 12.00 Uhr und 13.00 bis 18.00 Uhr.

Voranfrage

Am Sandkrug 23 EFH
Karl-Liebknecht-Str. 132 WGH
Rosa-Luxemburg-Str. 6 EFH
Rosa-Luxemburg-Str. 6 a EFH
Spandauer Straße 6 EFH
Stolper Straße 46 a DH

Bauanträge

Breitscheidstraße 96 EFH
Charlottenstraße 1, 2 H
Goebenstraße 2 EFH
Hubertusallee 89 a EFH
Metzer Straße 2 EFH
Pariser Str. 11 EFH